



DAS EXPERTENINTERVIEW

„NEHMT DEN ALARMISMUS RAUS UND HOLT DIE MIGRATIONSDEBATTE ENDLICH AUF EINE RATIONALE EBENE!“

Prof. Dr. Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI) im Gespräch mit Janne Grote und Nico Vonneilich über die Frage, warum die derzeitige Zuwanderungspolitik in Deutschland nicht zukunftstauglich ist, die Bevölkerung aber auf eine künftige Integration von Migranten bestens vorbereitet ist.

360°: Wir möchten unser Gespräch gerne mit einer kontrovers diskutierten Frage beginnen: Braucht Deutschland Zuwanderung?

Straubhaar: Die Antwort heißt ohne Zweifel: Ja! Doch weniger quantitativ. Denn um den sich abzeichnenden Schrumpfungsprozess der deutschen Bevölkerung auffangen zu können, halte ich Zuwanderung aus zwei Gründen für eine verzichtbare Größe. Erstens bin ich nicht der Meinung, dass schrumpfende Bevölkerungen per se etwas Negatives sind und zweitens könnte bei so langen Zeiträumen, über die wir uns bei Bevölkerungsrückgang Gedanken machen, auch die Fertilität in Deutschland wieder zunehmen.

„Mit dem Zuwanderungs-
gesetz ist die Politik auf halbem
Weg stehen geblieben.“

360°: Deutschland braucht also aus qualitativer Sicht Zuwanderung?

Straubhaar: Richtig. Kein Land kann im Zeitalter der Globalisierung ohne eine offene Migrationpolitik längerfristig Erfolg haben. Denn nur der Austausch von Know-how und Technologien, von Fähigkeiten und Talenten kann diese Verflochtenheit sicherstellen, die für wirtschaftlich offene Staaten wie Deutschland unabdingbar ist. Offene Migrationspolitik ist hier im Sinne von offenen Möglichkeiten gemeint, in ein Land einwandern und es wieder verlassen zu können.

360°: Glauben Sie, dass das neue Zuwanderungsgesetz, das im Januar 2005 in Kraft getreten ist, einen geeigneten Rahmen für Deutschland vorgibt, um die von Ihnen beschriebene Notwendigkeit einer Öffnung des Landes zu vollziehen?

Straubhaar: Mit dem Zuwanderungsgesetz ist die Politik auf halbem Weg stehen geblieben. Es handelt sich nur um ein In-



tegrations-, nicht aber um ein wirkliches Zuwanderungsgesetz. Das Resultat ist eine erste positive Entwicklung mit Blick auf die Integration von Ausländern in die deutsche Gesellschaft, die ich sehr begrüße. Interpretiert man das Zuwanderungsgesetz als Integrationsgesetz, ist es also durchaus gelungen.

360°: Das bedeutet, dass der Aspekt der „Zuwanderung“ im Zuwanderungsgesetz nicht aufgegriffen wurde?

Straubhaar: Aus dem Zuwanderungsteil ist ein Begrenzungsgesetz geworden, das das Signal aussendet, dass Deutschland lieber keine Zuwanderung möchte. Ein Zuwanderungstopp scheint immer noch das große Ziel deutscher Migrationspolitik zu sein. Man hat versäumt, die klare Botschaft zu formulieren, dass Deutschland offen ist für Zuwanderung. Entsprechende Instrumente für eine geregelte Zuwanderung wurden nicht entwickelt. Das ist doch das eigentlich große Thema: Wie steuere ich die Zuwanderung, die ich ja eigentlich haben will?

360°: Was ist schief gelaufen im Gesetzgebungsverfahren zum Zuwanderungsgesetz?

Straubhaar: Zu Beginn des Gesetzgebungsverfahrens stand ein wunderbarer Vorschlag, der damals wohl leider von der falschen Partei – nämlich den Grünen – gemacht wurde, nämlich das Punktesystem, das ich für die einzig richtige Antwort auf die Zuwanderungsthematik halte. Es ist das am besten geeignete Steuerungsinstrument für Zuwanderung, da es mit einem Begrenzungsziel kompatibel ist, das notfalls auch die Begrenzung von Null, also einen Zuwanderungstopp vorsehen könnte. Das ist das Phänomenale und mir ist es immer noch unverständlich, wieso dieses

„Ein Zuwanderungstopp scheint immer noch das große Ziel deutscher Migrationspolitik zu sein!“

System in Deutschland nicht kommunizierbar ist.

360°: Wie funktioniert das Punktesystem?

Straubhaar: Als erster Schritt muss festgelegt werden, wie viele Menschen insgesamt überhaupt eine Zuwanderungsberechtigung haben sollen. Diese Zahl muss jährlich durch politische Prozesse festgelegt werden, wofür ursprünglich der „Sachverständigenrat Zuwanderung und Integration“ vorgesehen war. In diesem sollten Vertreter der Parteien und großer Interessengemeinschaften, Abgesandte des Städtetages und der Kommunen sowie unabhängige Experten und Spezialisten sitzen. Die festzulegende Zahl hätte im Extremfall Null und in der Regel wohl 100.000, 200.000 oder 300.000 pro Jahr betragen.

360°: Und nach welchen Kriterien würde das Instrument des Punktesystems dann die jeweilige Quote verteilen?

Straubhaar: Das Punktesystem erlaubt, mit wenigen Kriterien eine Art Rangliste zu erstellen. Nämlich Qualifikation an oberster Stelle, dann meinerwegen Sprache an zweiter Stelle und dann vielleicht noch das Alter als drittes Kriterium. Das System besticht durch seine Einfachheit und deshalb ist

es mit Abstand das beste Regulierungssystem, denn viel mehr kann und soll man beim Thema Zuwanderung nicht steuern. Wenn man mehr steuern will, geht das immer schief. Als Beispiel: Man will einen Bäcker haben, der einwandert. Was machen wir nun aber, wenn der eingewanderte Bäcker nach einem Jahr nicht mehr Bäcker sein will? Der Versuch, dies zu steuern, ist bislang immer gescheitert und wird zwangsläufig immer scheitern.

360°: Mit dem jetzigen Zuwanderungsgesetz wird jedoch zumindest versucht, die Zuwanderung der Selbstständigen oder der Hochqualifizierten zu regeln. 2005 sind jedoch nur etwa 700 bis 900 hochqualifizierte Zuwanderer nach Deutschland gekommen. Diese Zahl klingt doch erst einmal völlig marginal. Wie hoch ist der Bedarf? Und wie gehen Unternehmen damit um, dass der Bedarf nicht gedeckt werden kann?

Straubhaar: Erstens ist diese Zahl in der Tat absolut marginal. In einem Land mit 80 Millionen Einwohnern ist die Zahl 1000 marginal. Zweitens ist es – wie gesagt – nicht die Quantität, die ich als störend empfinde. Das Problem liegt in der Symbolkraft der geringen Zahl. Wenn man in Zukunft einmal viel mehr Fachkräfte aus dem Ausland haben möchte, kann man natürlich nicht einfach einen Schalter umlegen und glauben, dass nun alle Talente der Welt vor deutschen Türen Schlange stehen. Man darf nicht vergessen, dass die besser qualifizierten, dynamischen Spezialisten und Führungskräfte auch Alternativen zu Deutschland haben, da sich in ganz Europa dieselben Lücken bei Fach- und Führungskräften auftun. Ich glaube, man ist noch nicht soweit, Zuwanderung als positiven Impuls zu verstehen.

360°: Wieso wirkt sich das makroökonomisch gesehen nicht negativ aus?

Straubhaar: Zum einen bleiben negative Auswirkungen aus, da es kein rein quantitatives Phänomen ist. Wir haben mit der EU-Osterweiterung trotz der erst schrittweise möglich werdenden Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Angehörigen der mittel- und osteuropäischen

EU-Länder eigentlich schon ein recht großes Reservoir an hochqualifizierten Fachkräften. Viele deutsche Firmen helfen sich dadurch, dass sie erst einmal innerhalb Deutschlands nach Reserven suchen. Da jedoch unter den vier Millionen Arbeitslosen wenige Hochqualifizierte zu finden sind, werden die besser Qualifizierten von anderen Firmen abgeworben. Die höher Qualifizierten freuen sich: Sie haben noch mehr zu tun und verdienen noch besser. Dies führt dann natürlich zu dieser Lohnspreizung, die wir in Deutschland vorfinden.

360°: Demnach zahlen die Firmen letztlich den Preis, wenn sie sich die wenigen besser Qualifizierten gegenseitig abwerben?

Straubhaar: Ja und nein. Was ich als Arbeitgeber an höheren Lohnkosten für den Besserqualifizierten einplanen muss, spar ich wieder ein, indem ich standardisiere, einfache Tätigkeiten durch Maschinen ersetze oder ins Ausland auslagere oder aber durch Schwarzarbeit verrichten lasse. Zudem ist es heute problemlos möglich, dass ich unterhalb der Schwelle der Zuwanderung beispielsweise Menschen aus Osteuropa für einen bestimmten Zeitraum in Projekten in Deutschland beschäftige. Man organisiert dann die Arbeit so, dass die betreffenden Führungskräfte nicht länger als sechs Monate im Jahr in Deutschland ansässig sein müssen und damit nicht unter das Zuwanderungsgesetz fallen.

360°: Warum ist denn Deutschland verhältnismäßig unattraktiv für Hochqualifizierte?

Straubhaar: Das stimmt so nicht. Deutschland ist nach wie vor ein außerordentlich at-

„Wenn man in Zukunft einmal viel mehr Fachkräfte aus dem Ausland haben möchte, kann man natürlich nicht einfach einen Schalter umlegen und glauben, dass nun alle Talente der Welt vor deutschen Türen Schlange stehen.“

traktives Land für Fach- und Führungskräfte, auch im europäischen Vergleich. Mein Punkt ist: Wenn man heute das Signal gibt: „Ihr seid nicht wirklich in Deutschland willkommen!“, dann ist das negativ, weil dann diese Fach- und Führungskräfte ausweichen. Sie gehen nach Dänemark, zahlen dort ihre Steuern und kommen nur als Pendler in den Raum Hamburg. Dies ist völlig problemlos möglich. Sie werden sich nie als Deutsche fühlen, sich nicht hier integrieren und werden keine Affinität zum deutschen Gemeinwesen haben und zu diesem nichts Positives beitragen.

360°: Man könnte nun erwidern: Wozu brauchen wir diese Affinität, wenn sie auch so erfolgreich ihre Arbeit verrichten?

Straubhaar: Wenn wir diese Affinität nicht brauchen, sind wir uns selbst genug. Ich glaube jedoch, dass Länder, die sich selbst genug sein wollen, im Zeitalter der Globalisierung langfristig Probleme kriegen. Es ist sinnvoll, die Heterogenität und die Impulse von außen rechtzeitig für sich zu nutzen, um einen Schritt voranzukommen. Das beste Beispiel hierfür ist wohl Japan. Japan hat nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gesagt: Wir genügen uns selbst. Und so hat Japan die letzten fünfzehn Jahre der Globalisierung bis zum Jahr 2005 verloren. Es ist quasi wieder auf dem Niveau der 1990er Jahre, weil es eben nicht geschafft hat, sich mental zu öffnen. Mit all seinen negativen Folgen.

360°: Ist die „Illegalität“ vieler Migranten eine solche negative Folge? Der ökonomische Effekt durch Schwarzarbeit der ohne gültige Aufenthaltserlaubnis in Deutschland lebenden Menschen ist ja beträchtlich. Auch für die Menschen selbst ist ihre Lebenssituation ja prekär. Inwieweit würden Sie Konzepte befürworten, durch die in Deutschland nicht offiziell gemeldete Menschen einen festen Aufenthaltsstatus bekommen?

Straubhaar: Ich bin kein Freund, sondern Gegner von Amnestien, weil so für die eigentlich richtige Lösung falsche Signale gesendet werden. Einwanderer sollten nicht durch Amnestien legalisiert werden, sondern durch Gesetzesänderungen. Veraltete Regulierungen, die die Arbeitsaufnahme schon lange hier lebender ausländischer Arbeitskräfte erschweren, müssen modifiziert werden. Das ist viel ehrlicher, effizienter und nachhaltiger. Allein schon der Begriff „illegale Arbeit“, unabhängig davon, ob es sich um einen Ausländer oder einen Deutschen handelt, ist absurd. Arbeit kann doch nicht „illegal“ sein. Illegal wird Arbeit durch Gesetze, die mehr oder weniger willkürlich sagen, was legal und illegal ist. Das ist ein Rechtsakt und diesen Rechtsakt muss man eben hinterfragen.

360°: Wir würden den Fokus gerne ein wenig verschieben und fragen, wie es um die Herkunftsländer der Hochqualifizierten bestellt ist. Stichwort Braindrain: Es wird immer wieder der Vorwurf erhoben, dass die reichen Industrieländer den Entwicklungs- und Schwellenländern ihre hochqualifizierten Arbeitskräfte abwerben. Ist es nicht auch eine ethische Frage, ob man das verantworten kann?

Straubhaar: Absolut! In der Ökonomie nennen wir das „paternalistisches Denken“. Das heißt, man denkt für die anderen und tut so, als würde man das Beste für die anderen wollen, und denkt dabei nur an sich. Das tarnt man dann eben mit ethischen Argumenten. Paternalistisches Denken durchzieht die politische Diskussion auf allen Ebenen und wirkt überall dort, wo es kaum rationale ökonomische Argumente gibt und wirkt dann als eine Art moralische Bremse.

360°: Einmal konkret: Wenn hochqualifizierte Menschen aus Subsahara-Afrika nach Deutschland kommen wollen, ist es moralisch überhaupt richtig, dies zu verhindern?





„Die indischen Jugendlichen wussten:
Von den hundert Cleversten eines Jah-
rgangs bekommen zehn die Möglich-
keit, in die USA zu gehen und dort eine
Menge Geld zu verdienen.“

Business

Straubhaar: Dies ist eine wichtige Frage. Wollen wir, dass Menschen unter zum Teil eher fraglichen menschenrechtlichen, demokratischen und freiheitlichen Bedingungen in ihren Heimatländern ausharren müssen? Und gibt man den Despoten nicht noch gute Argumente, wieso sie ihre Leute einsperren und nicht in ein anderes Land ziehen lassen? Viele kluge Menschen entflohen institutioneller Rahmenbedingungen, die weder demokratisch noch rechtsstaatlich noch freiheitlich sind. Dabei handelt es sich also um ein Abstrafen schlechter institutioneller Rahmenbedingungen. Es ist das, was in der soziologischen Literatur von Albert Hirschman als „Exit-Strategie“ bezeichnet wird. „Exit“ und „Voice“ bilden Spannungsfelder und wenn die Leute merken, dass sie nichts verändern können an schlechten Systemen, dann ist Abwanderung die stärkste Bestrafung und das stärkste Signal dafür, dass man was ändern muss.

360°: In der neueren Migrationsforschung wird häufig argumentiert, dass ein Land unter Umständen auch von der Auswanderung von Hochqualifizierten profitieren kann.

Straubhaar: Aus ökonomischer Sicht wissen wir, dass die Abwanderung – auch höher Qualifizierter – unter Umständen für das Herkunftsland die effizienteste und beste Variante ist, um Humankapital zu nutzen. Charles Kindleberger, ein großer Ökonom des vergangenen Jahrhunderts, hat einmal gesagt: „What is the most effective use to make of existing labor, to employ it abroad or leave it unemployed at home?“ Es ist doch besser, diese klugen Köpfe im Ausland Geld verdienen zu lassen als sie im eigenen Land einen schlecht bezahlten, einfachen Job verrichten zu lassen. Und ein Weiteres kommt dazu: Die Ausgewanderten überweisen eine Menge Geld (Remittances) an ihre zurückgelassenen Familien im Heimatland. Für einige ärmere Länder ist dies so viel, wie sie netto an Devisen aus dem Handel beziehen. Das muss man sich einmal vorstellen.

360°: Zu den Finanztransfers kommt dann noch die Rückwanderung, wovon die Heimatländer ebenfalls profitieren können ...

Straubhaar: Genau. Die hochqualifizierten Kräfte kommen meistens auch irgendwann in irgendeiner Form zurück – sofern es das System zulässt und die Eigentums- und Freiheitsrechte schützt. Im Fall einer Heimkehr bringen sie Fähigkeiten, Qualifikationen und Wissen in sehr ausgeprägtem Maße mit. Und nun kommt der spannendste Punkt: Wenn Menschen wissen, dass sich für sie Investitionen in Humankapital lohnen, weil sie später vielleicht als Schwarzafrikaner in Europa viel Geld verdienen können, dann beginnt die Bevölkerung als Ganzes, sich weiterzubilden. In der Hoffnung, derjenige zu sein, der vom europäischen Arbeitgeber gesucht wird, werden die verfügbaren Ressourcen des Einzelnen verstärkt in die Weiterentwicklung eigener Fähigkeiten gesteckt. Wenn also die Exit-Option gegeben ist, steigt dadurch das allgemeine Bildungsniveau. Und das ist für die gesamte Wirtschaft des Heimatlandes auch langfristig sehr gewinnbringend.

360°: Gibt es da konkrete Beispiele für?

Straubhaar: In Indien wurde das recht gut untersucht. Die indischen Jugendlichen wussten: Von den hundert Cleversten eines Jahrgangs bekommen zehn die Möglichkeit, in die USA zu gehen und dort eine Menge Geld zu verdienen. Daher begannen die Inder, verstärkt in Humankapital bereits bei Kindern zu investieren. Genommen wurde letztlich dann nur jeder Hunderste, Tausendste. Die 999 anderen, die sich bemüht haben, aber nicht ausgewählt wurden und somit zu Hause bleiben mussten, haben aber nun insgesamt ein höheres Bildungsniveau, wovon heute ganz Indien profitiert. Das finde ich den spannendsten Punkt. Diese Möglichkeit des Braindrains* schafft eine Braingain*-Situation in den Herkunftsregionen.

360°: Das Beispiel Indien ist sicherlich eines der prominentesten und auf Indien trifft sicher auch ein Großteil Ihrer genannten positiven Effekte zu. Vor einiger Zeit war beispielsweise eine Meldung in den Zeitungen, dass Indien seinen Bildungsetat um 34 Prozent erhöhen will. Dies ist möglicherweise auch als Effekt einer größeren Wertschätzung eines allgemein höheren Bildungsniveaus der Bevölkerung durch den Druck der Aus- und Rückwanderung zu bewerten. Allerdings gibt es neben diesen erfreulichen Entwicklungen auch andere Länderbeispiele und Sektoren, bei denen diese Abwanderung einiges problematischer ist. Stichwort Gesundheitssektor: Wenn in vielen afrikanischen Ländern Ärzte und Krankenschwestern abgeworben werden, ...

Straubhaar: ... ist das ein Riesenproblem. Aber dann ist die erste Antwort, dass wir die Voraussetzungen dafür schaffen müssen, dass Krankenschwestern in Schwarzafrika bleiben. Das tun wir jedoch nicht, indem wir die Abwanderung verhindern oder bestrafen. Das fundamentale Problem liegt darin, dass in Schwarzafrika die institutionellen Strukturen aus europäischer Sicht, gelinde gesagt, inexistent sind und es daher aus mikroökonomischer Sicht die einzig vernünftige Strategie ist, wegzugehen. Es hilft aber niemandem, wenn unter heutigen Bedingungen die Hochqualifizierten bleiben. Im Gegenteil: Die diktatorischen Strukturen werden dann nur stabilisiert, wenn die gut Qualifizierten dazu gezwungen werden, das Land nicht zu verlassen.

„Die Ängste vieler Eltern und Großeltern sind das eine. Doch die jüngere deutsche Generation ist mit dem Ausländer auf dem Pausenhof aufgewachsen. Sie hat sehr viele Kulturen auf dem Pausenhof kennengelernt und in diesem Sinne ist die jüngere Generation der Deutschen automatisch multi-kulturell.“

360°: Entwicklungszusammenarbeit und Migrationspolitik sind hier also verknüpft.

Straubhaar: Wunderbar verknüpft!

360°: Sowohl Migration als auch Entwicklungszusammenarbeit sind Politikbereiche, die verstärkt auf EU-Ebene bestimmt werden. Ist das eine positive Tendenz oder ist Zuwanderung letztlich doch eher eine nationale Frage?

Straubhaar: Nein, ich denke, dass dies eine logische Konsequenz des europäischen Integrationsprozesses ist. Wenn man Wanderrückfreiheit und Freizügigkeit der Arbeitskräfte hat und somit innerhalb der EU auf Grenzkontrollen verzichten will, dann muss an der Außengrenze zwangsläufig ein einheitliches Regime herrschen. Technokratisch gesprochen, kommt sonst durch die Hintertür

wieder jene Rigidität zurück, die man gerade durch die Freizügigkeit verhindern wollte. Im Prinzip hat man begriffen, dass das Fehlen von Freizügigkeit im Raum Europa ökonomisch nicht förderlich ist, aber jetzt schafft man wieder neue Rigiditäten. Der Drittstaatsangehörige, der an den nationalen Arbeitsmarkt gebunden ist, ist ein neuer rigider Faktor. Und rein ökonomisch gesprochen, stört jeder rigide Faktor die maximale Ausschöpfung der Integrationsgewinne.

360°: Ist die deutsche Gesellschaft denn in der Lage, Einwanderung auf EU-Ebene zu denken beziehungsweise sich damit zu identifizieren? In Deutschland begegnen viele Menschen

täglich Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Ist die deutsche Gesellschaft auf weitere Zuwanderung vorbereitet?

Straubhaar: Das ist eine spannende Frage! Kein anderes, vergleichsweise großes Land im OECD-Raum ist ähnlich gut auf die Zuwanderungsentwicklung vorbereitet wie Deutschland. Etwa 15 bis 16 Prozent der deutschen Bevölkerung hat heute schon einen migrationspolitischen Hintergrund. Das ist viel und Deutschland ist somit schon zunehmend heterogen. Die Franzosen haben sehr viel mehr Mühe mit dieser Heterogenität und dieser Quantität. Die Ängste vieler Eltern und Großeltern sind das eine. Doch die jüngere deutsche Generation ist mit dem Ausländer auf dem Pausenhof aufgewachsen. Sie hat sehr viele Kulturen auf dem Pausenhof kennengelernt und in diesem Sinne ist die jüngere Generation der Deutschen automatisch multi-kulturell. Sie weiß, wie ein Türke denkt und handelt und muss das nicht noch lernen. Man muss das mal ein wenig positiver sehen und das auch in der Öffentlichkeit kommunizieren! Man muss die Deutschen darauf hinweisen: Ihr habt Bilder eurer Großeltern im Kopf, die Gegenwart ist längst anders! Ich würde aber nicht sagen, dass Deutschland da ein spezifisches Problem hat und bleibe dabei: Deutschland ist besser dran als alle anderen und ich glaube auch nicht, dass wir rassistisch sind. Sondern ich glaube, dass wir hier in aller Regel überragend diese Aufgabe meistern werden.

360°: Wenn man nun aber bedenkt, dass der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund gerade an Haupt- und Sonderschulen überproportional hoch zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung ist und sie es erwiesenermaßen besonders schwer haben, auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, kann man doch

bezweifeln, dass die Integration in Deutschland funktioniert. Da stellt sich die Frage, wie eine gelungene Integration aussehen sollte?

Straubhaar: Eine gelungene Integration sieht zunächst einmal so aus, dass man das Anderssein der Ausländer viel positiver, offener und dynamischer sieht. Und wir müssen diesen jungen Ausländern gegenüber den jungen Deutschen eine gleichberechtigte Stellung einräumen. Einige Anpassungen im Bildungsbereich sind dringend nötig, denn das deutsche Bildungssystem liegt historisch etwa zwanzig Jahre zurück gegenüber den Entwicklungen, die sich andernorts als richtig erwiesen haben.

360°: Welche Anpassungsmaßnahmen meinen Sie konkret?

Straubhaar: Das sind ganz einfache Dinge wie das frühkindliches Schulangebot. Die Vorstöße von Familienministerin Ursula von der Leyen in den Bereichen „Hort“ und „Kindergeld“ gehen bereits in die richtige Richtung, jedoch gehen sie noch nicht weit genug. Mit drei Jahren sollen die Kinder nicht in einen Hort, sondern in eine Vorschule, eine Art école ma-

ternelle*, gehen. Das wäre für deutsche Kinder wichtig, aber insbesondere auch für ausländische der richtige Weg. Denn dann sprechen die Kinder mit Migrationshintergrund bereits mit drei Jahren deutsch, wenn sie aus ihrem aufgrund der begrenzten Lebenslage engen historischen Kulturkreis herausgeholt werden und mit deutschen Kindern zusammenkommen. Dann lernen sie die Sprache, die Kultur, lernen, sich zu öffnen. Zum anderen ist das auch für ihre Eltern wichtig. Ein verlässliches Ganztagesangebot vereinfacht die Organisation von Arbeit und Kinderbetreuung unheimlich. Zudem sollte man sich von dieser unsäglichen Sitzenbleib-Philosophie lösen.

„Das Thema Bildung ist für mich eine Art Schicksalsfrage der Zukunft.“

360°: Was ist ihrer Meinung nach falsch am Sitzenbleib-Prinzip?

Straubhaar: Sitzenbleiben als pädagogische Maßnahme ist überholt! Dass man Klassenverbände irgendwie so durchschleppt, bei denen alle Schüler in allen Fächern ein vergleichbares Niveau haben müssen, ist nicht mehr zeitgemäß und gerade für ausländische Kinder höchst problematisch. Denn häufig können sie schlecht deutsch sprechen und müssen deshalb den Klassenverband verlassen, obwohl sie beispielsweise in Mathematik sehr gute Zensuren erreichen. Sobald man beginnt, Förderklassen und unterschiedliche Niveaunklassen für einzelne Fächer einzurichten, profitieren vor allem auch die ausländischen Kinder in besonderer Weise. Statt für das bestehende dreigliedrige Schulsystem plädiere ich für eine Art Gesamtschulkonzept mit starken Förderelementen.

360°: Glauben Sie denn, dass diese tief greifenden Reformen in Deutschland überhaupt durchsetzbar sind?

Straubhaar: Beim Bildungssystem bin ich sehr, sehr optimistisch. Viele Dinge beginnen, sich da zu bewegen. Ich denke, dass allein die Diskussion, die Frau von der Leyen da losgetreten hat, einiges in Bewegung setzt. Und sie erhält eine Menge Unterstützung aus der Bevölkerung. Es braucht also vielleicht mehr von der Leyens in spezifischen Themen, die ich angesprochen habe. Was vielerorts noch nicht durchgedrungen ist: Das Bildungswesen ist ganz sicher der Schlüssel für viele Zuwanderungsfragen. Das Thema Bildung ist für mich eine Art Schicksalsfrage der Zukunft. Außerdem wird, wie Sie ja bereits gesagt haben, viel auf europäischem Niveau passieren und

3 x die „Blätter“ und einmal die ganze Welt



- **Ja**, ich möchte die „Blätter“ kennenlernen und bestelle die Zeitschrift für 3 Monate zum probieren plus den Globalisierungs-Reader „Der Sound des Sachzwangs“ für zusammen nur 20 Euro.
- **Ja**, ich möchte die „Blätter“ regelmäßig lesen und bestelle ein Abo für 78,60 Euro (erm. 58,20 Euro). Den Globalisierungs-Reader „Der Sound des Sachzwangs“ erhalte ich als Dankeschön gratis.

Mehr Informationen auf www.blaetter.de.

die wegweisenden Bildungsentscheidungen werden künftig mehr und mehr aus Brüssel kommen.

360°: Zum Schluss noch eine Frage: Wenn Sie die Möglichkeit hätten, auf nationaler oder EU-Ebene etwas Grundlegendes an der Migrationspolitik zu ändern, was wäre dies?

Straubhaar: Also genau genommen haben wir vom HWWI die Möglichkeit dazu (lacht). Wir sind auf europäischer Ebene in einer hochrangigen Arbeitsgruppe involviert. Das Allerwichtigste scheint mir, dass man viele Inhalte etwas entspannter sieht. Zuwanderung ist weder die Ursache für Probleme, die wir hier sowieso haben, noch die Lösung. Stichwort Bildungssystem: Es sind nicht die ausländischen Kinder, die die deutschen Schulen schlecht gemacht haben. Stichwort Facharbeitermangel: Zuwanderung löst da nicht alle strukturellen Probleme, die wir uns aufgebürdet haben. Man darf nie vergessen, dass eine Zuwanderung von Tausend oder auch einer Million Menschen im Vergleich zu den 80 Millionen Deutschen weder Problem noch Lösung sein kann. Mein Appell an Politik und Öffentlichkeit: Nehmt den Alarmismus raus und holt die Migrationsdebatte endlich auf eine rationale Ebene! Und instrumentalisiert das Thema Zuwanderung nicht derart! Zeigt die Chancen auf, die mit Zuwanderung verbunden sind, spricht aber auch die Gefahren an! Das führt dann dazu, dass man nicht blindlings sagt, wir schließen die Grenzen oder wir öffnen sie für alle. Stattdessen wird differenziert: „Okay, wir brauchen eine gewisse Migration. Wie können wir sie am besten steuern?“ In einem Europa, das inzwischen mit 27 Ländern fast 500 Millionen Bewohner hat, fehlt es nicht an Arbeitskräften. Es geht mehr um die Symbolik, dass Schweizer oder Amerikaner, aber eben auch Afrikaner oder Asiaten nach Deutschland kommen und hier einigermaßen akzeptiert leben dürfen, was nicht zu einer Masseneinwanderung führen wird, jedoch

hilft, die Dinge etwas entspannter zu sehen. Deshalb raten wir vom HWWI zu mehr Gelassenheit. Wir brauchen klare Quoten, die politisch festgelegt und durch ein Punktesystem verteilt werden, das Raum für Marktprozesse offen lässt. Nur so wird Deutschland von der Zuwanderung profitieren können.

° Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI) und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte umfassen die Bereiche Ordnungspolitik, Internationale Wirtschaftsbeziehungen sowie Bildungs- und Bevölkerungsökonomie. Thomas Straubhaar ist unter anderem Mitherausgeber des 2006 erschienenen HWWI Policy Reports Nr. 3: „The Costs and Benefits of European Immigration“ (abrufbar auf der Homepage des HWWI unter www.hwwi.org).